Kantonsrat St.Gallen 22.19.09

VI. Nachtrag zum Energiegesetz

Anträge der vorberatenden Kommission vom 12. Dezember 2019

Art. 1a Abs. 1: Erneuerbare Energie wie Wasserkraft, Sonnenenergie, Geothermie,

Umgebungswärme, Windenergie, Energie aus Biomasse, insbesondere aus Holz, und aus Abfällen aus Biomasse wird

besonders gefördert.

Abs. 2: Abs. 2 wird aufgehoben.

Art. 1b: Streichen.

Art. 1c Ingress: Für im Eigentum von Kantondes Kantons oder Gemeinden

stehende Bauten und Anlagen:

Bst. a: legt die Regierung erhöhtefür Neubauten Anforderungen an die

Energienutzung fest;

Bst. b: wird die Wärmeversorgung bis zum Jahr 2050 ohne fossile

Brennstoffedurch CO₂-arme Energieträger sichergestellt, die Regierung legt für die Jahre 2030 und 2040 Zwischenziele fest;

Art. 2b (neu im Nachtrag) Abs. 1: Die politische Gemeinde-mit wenigstens 7000 Einwehnerinnen

und Einwohnern erstellt ein angemessenes Energiekonzept. Sie kann diese Aufgabe regional erfüllen, in Zusammenarbeit mit den

Energieversorgern.

Abs. 2 Bst. a: den gegenwärtigen und künftigen WärmebedarfEnergiebedarf;

Bst. b: die vorhandenen und erschliessbaren Wärmequellen Energiequellen;

Bst. c: die angestrebte Wärmeversorgung Energieversorgung;

Art. 5c (neu) Abs. 1: Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die auf die

Eigenstromerzeugung oder die Verringerung des gewichteten Energiebedarfs verzichten, entrichten dem Kanton eine Ersatzabgabe. Der geäufnete Betrag dient der Erstellung von

 $\underline{\text{Fotovoltaikanlagen auf privaten oder \"{o}ffentlichen Geb\"{a}uden.}}$

Abs. 2: Die Regierung legt die Höhe der Ersatzabgabe fest. Diese richtet

sich nach dem Preis einer Referenzanlage und beträgt höchstens

Fr. 3'000.- je kWp.

Abs. 3: Die Regierung bezeichnet die für die Verwaltung der Ersatzabgabe

zuständige Stelle und legt deren Aufgaben fest.

Artikeltitel: Ersatzabgabe

Art. 8: Festhalten am geltenden Recht (vorbehältlich nachfolgender

<u>Änderung).</u>

Abs. 1 Bst. a: ab siebenfünf Nutzeinheiten in neuen Einzelbauten und

Gebäudegruppen mit zentraler Wärmeversorgung;

Art. 8a und 8b: <u>Streichen.</u>

Art. 9: In Bauten und Gebäudegruppen mit Ausrüstungspflicht werden die

Kosten für den Wärmeverbrauch zum überwiegenden Teilzu wenigstens 50 Prozent nach dem gemessenen Verbrauch der

einzelnen Nutzeinheit abgerechnet.

Art. 9^{bis}: <u>Streichen.</u>

Art. 10 Abs. 1 Bst. e: beheizten FreiluftbädernSchwimmbädern mit wenigstens 8 m³ Inhalt;

Bst. g: Streichen.

Art. 12c (neu im Nachtrag) Abs. 1: Beheizte Freiluftbäder Schwimmbäder werden bewilligt, wenn

sie ausschliesslich mit erneuerbarer Energie-oder, nicht anders nutzbarer Abwärme <u>oder elektrischer Wärmepumpe</u> betrieben werden <u>und eine Abdeckung der Wasserfläche gegen Wärmeverlust</u>

vorhanden ist.

Abs. 2: Abs. 2 wird aufgehoben.

Artikeltitel: Beheizte FreiluftbäderSchwimmbäder

Art. 12e: <u>Streichen.</u>

Art. 16b (neu): Staat und Gemeinden fördern bei der Festlegung und Erhebung von

Gebühren Investitionen zur erneuerbaren Energiegewinnung bei

bestehenden Bauten und Anlagen.

Artikeltitel: Gebühren